

› KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

Die KOMMUNALEN UNTERNEHMEN liefern täglich **121** Liter Trinkwasser pro Bürger. Sie betreiben ein Kanalnetz von **132.000** Kilometern – das entspricht fast **10**-mal der Länge der deutschen Autobahnen. Der Anschlussgrad in der Trinkwasserversorgung beträgt über **99** Prozent.



› INHALT

KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

Wirksamer Schutz der Ressourcen für die Trinkwassergewinnung	6
Infrastrukturerhalt und -entwicklung	9
Wachsende Anforderungen an die Abwasserentsorger zur Ressourceneffizienz	10
Wasser und Abwasser auch in Zukunft am besten in kommunaler Verantwortung	11



KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

Wasser ist das Lebensmittel Nummer eins – die kommunalen Unternehmen garantieren für qualitativ hochwertiges Trinkwasser und die fach- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers. Zukünftig müssen das Vorsorge- und Verursacherprinzip konsequent umgesetzt und die Themen Infrastrukturerhalt und -entwicklung stärker in den Blick genommen werden.

› KOMMUNALE WASSERWIRTSCHAFT

MIKROVERUNREINIGUNGEN IN GEWÄSSERN

ETWA
8.100

TONNEN POTENZIELL UMWELTRELEVANTER
ARZNEIMITTEL IN DEUTSCHLAND VERWENDET.



JÄHRLICH **630.000**

TONNEN CHEMIKALIEN AUS WASCH UND
REINIGUNGSMITTELN VON PRIVATEN HAUS-
HALTEN IM ABWASSER.



117.743

TONNEN PFLANZENSCHUTZMITTEL 2014
INNERHALB DEUTSCHLANDS ABGEGEBEN.



10.500

VERSCHIEDENE SUBSTANZEN IN KOSMETIK-
PRODUKTEN UND KÖRPERPFLEGEMITTELN.



Wirksamer Schutz der Ressourcen für die Trinkwassergewinnung

Moderne Analytik kann heute geringste Schadstoffspuren in der Umwelt nachweisen. Unser Leitungswasser ist bedenkenlos trinkbar. Möglich machen das die Trinkwasserverordnung, komplexe technische Regeln sowie eine intensive Überwachung durch die Unternehmen. Aber selbst neueste Behandlungstechniken können viele Spurenstoffe nicht restlos entfernen. Die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger zeigen sich hinsichtlich des Ressourcenschutzes alarmiert: In einer VKU-Mitgliederumfrage äußerten sich rund 86 Prozent der befragten Unternehmen besorgt über den zunehmenden Eintrag von Spurenstoffen in die Gewässer. Nahezu 90 Prozent rechnen in Zukunft mit steigenden Kosten, um Spurenstoffe aus dem Wasserkreislauf zu entfernen.

UNSERE POSITIONEN

- Die kommunalen Unternehmen stehen bereit, die Wasserressourcen noch besser zu schützen. Sie brauchen die Unterstützung der Politik, Wirtschaft und Verbraucher. Die vierte Reinigungsstufe in Kläranlagen kann nur einen Teil der Spurenstoffe zurückhalten. Wirksame Maßnahmen müssen vorher ansetzen. Die kommunale Wasserwirtschaft unterstützt daher das politische Ziel der Bundesregierung, Spurenstoffeinträge in Gewässer möglichst frühzeitig zu reduzieren.
- Das Verursacherprinzip muss stärker in den Fokus rücken. Eine Produktkennzeichnungspflicht ist

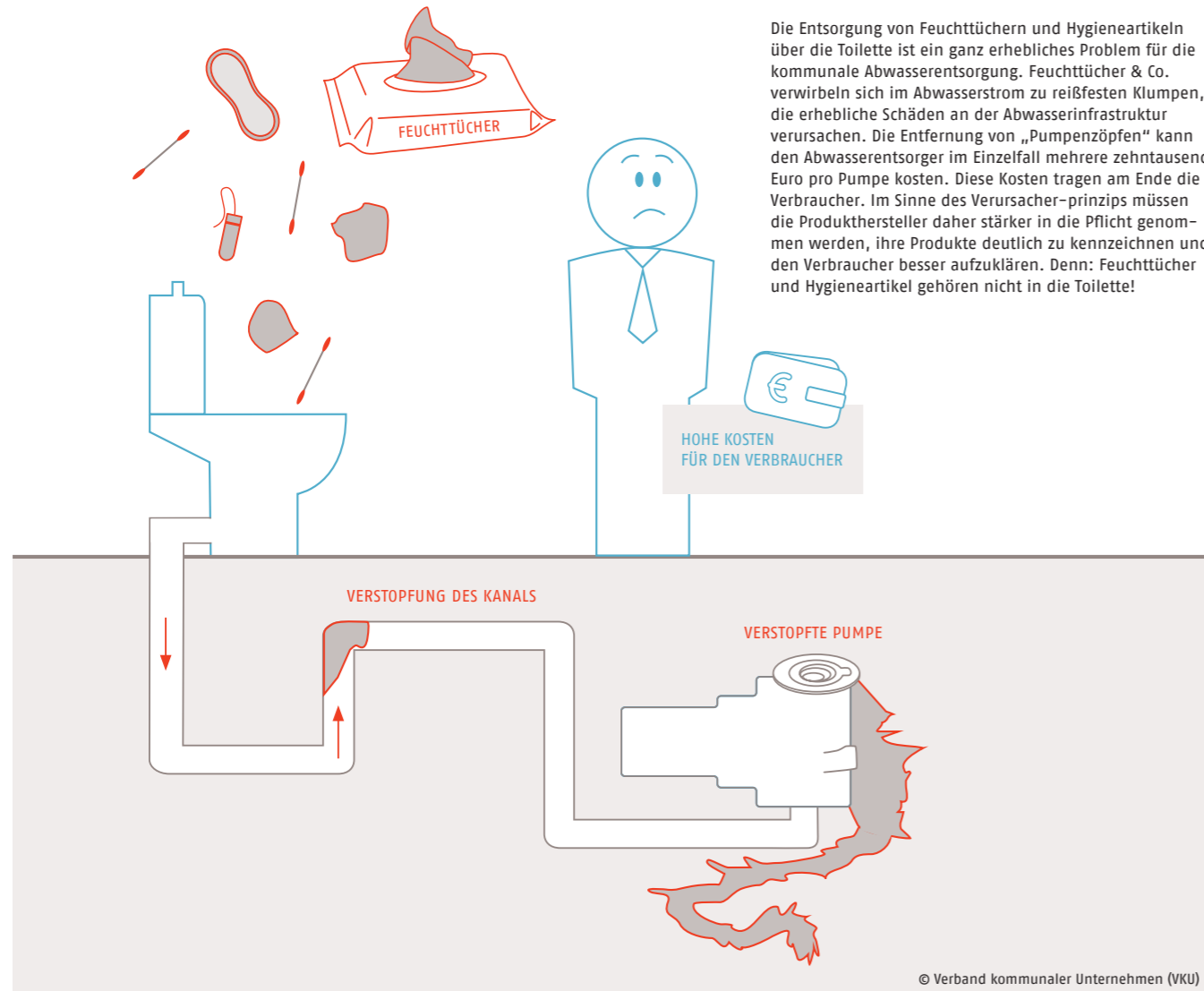
deshalb notwendig. Auf Verpackungen oder Beipackzetteln muss für den Verbraucher klar erkennbar stehen, dass Arzneimittel und andere Chemikalien nicht in die Toilette gehören. Dort sollten auch die Auswirkungen von Wirkstoffen auf die Gewässer vermerkt sein. Nachbesserungen brauchen wir dringend auch beim Zulassungsverfahren von Pestiziden und Arzneimitteln. Hier muss die Gewässerrelevanz stärker berücksichtigt und ein Nachzulassungsmonitoring etabliert werden.

Auch die steigenden Nitratreinträge durch die Landwirtschaft bereiten der kommunalen Wasserwirtschaft zunehmend Sorgen. Hier benötigen wir eine konsequente Gegensteuerung, um die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser technisch nicht noch aufwendiger zu machen.

UNSERE POSITIONEN

- Die Nitratreinträge in das Grundwasser müssen möglichst rasch und substanziell reduziert werden. Grundwasser ist die wichtigste Trinkwasserressource für die kommunalen Wasserversorger. Das neue Düngepaket ist hierfür ein Startschuss, mehr aber auch nicht! Weitere Schritte müssen rasch folgen.
- Vollziehbare Vorgaben sind dringend notwendig, damit die zuständigen Behörden die Anwendung

WARUM SIND FEUCHTTÜCHER EIN PROBLEM FÜR ABWASSERENTSORGER UND VERBRAUCHER?



von Düngemitteln wirkungsvoll kontrollieren und bei Nichteinhaltung der Vorgaben auch sanktionieren können. Denn die kommunalen Wasserversorger und ihre Kunden dürfen nicht die Kosten tragen, die durch die landwirtschaftliche Nutzung verursacht werden.

grat für diese Leistungen der Daseinsvorsorge dar. Um die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in der hohen Qualität und Versorgungssicherheit auch zukünftig jederzeit zuverlässig zu gewährleisten, ist eine anlagenintensive und sehr langlebige Infrastruktur vonnöten.

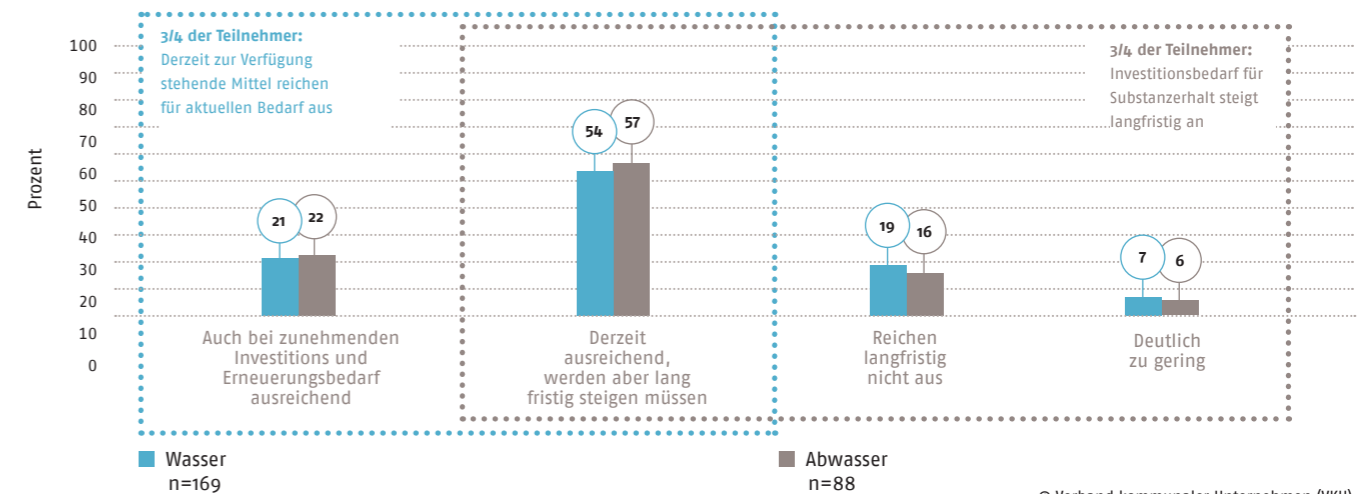
Sich wandelnde Rahmenbedingungen wie demografische und klimatische Veränderungen, zunehmende Nutzungskonkurrenzen, neue Anforderungen für die Abwasserentsorgung und ein verändertes Wassergebrauchsverhalten stellen die Unternehmen dabei vor große Herausforderungen. Sie begegnen ihnen vor Ort mit innovativen und passgenauen Lösungen. Trotzdem werden die Infrastrukturausgaben in den kommenden Jahren in vielen

Infrastrukturerhalt und -entwicklung

Die Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft stellt einen bedeutenden Vermögenswert und das Rück-

SUBSTANZERHALT DER INFRASTRUKTUR IN DER WASSER- UND ABWASSERWIRTSCHAFT

Ergebnisse der VKU-Mitgliederbefragung (Stand: Februar 2016)



Regionen wohl nochmals deutlich steigen müssen. Und das, obwohl sich die kommunale Wasser- und Abwasserwirtschaft bereits heute durch beständig hohe und wirtschaftlich nachhaltige Investitionen auszeichnet.

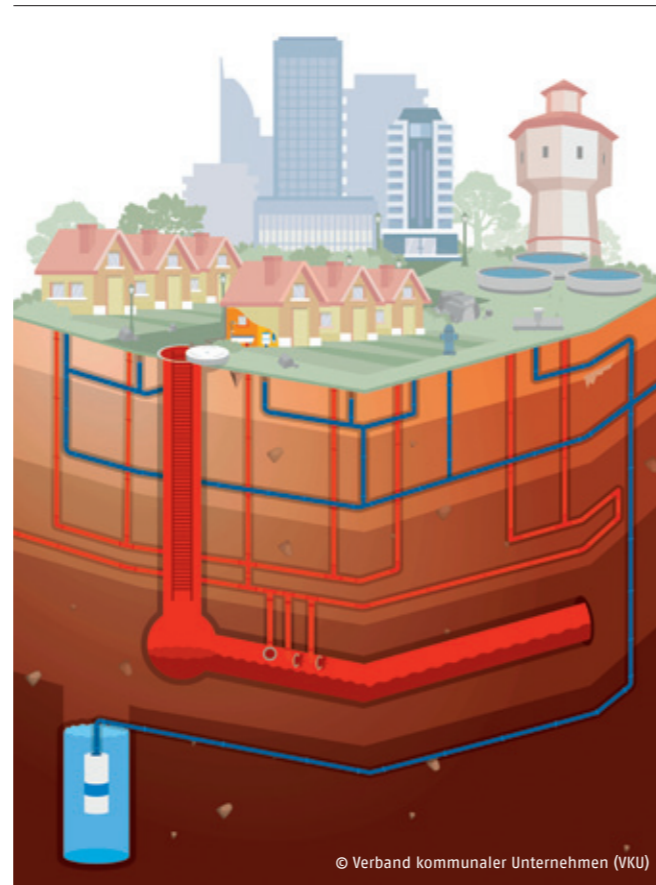
UNSERE POSITIONEN

- Eine stabile Entgeltentwicklung und bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sollte trotz dieser Entwicklungen auch weiterhin durch die kommunalen Wasserversorger und Abwasserentsorger gewährleistet werden können. Dazu sollten politische Initiativen mit Blick auf ihre Kostenfolgen in der Gesamtschau bewertet werden.
- Allen voran gilt es, das Verursacherprinzip stärker in den Blick zu nehmen. Denn eine Finanzierung umweltpolitischer Maßnahmen über die Kunden der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist häufig nur die vermeintlich einfachste Lösung. Vor dem Hintergrund der wachsenden infrastrukturellen Herausforderungen und ihrer Kostenfolgen darf dieser einfache Ausweg jedoch nicht länger Maßgabe für politische Entscheidungen sein.

Wachsende Anforderungen an die Abwasserentsorger zur Ressourceneffizienz

Für die kommunale Abwasserwirtschaft hat die sichere Entsorgung der Klärschlämme oberste Priorität. Die Qualität des

SCHATZ UNTER DER STRASSE



ausgebrachten Klärschlammes hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich verbessert. Ebenso stellt die thermische Behandlung von Klärschlämmen einen wesentlichen Eckpfeiler dar. Die kommunale Abwasserwirtschaft leistet hierzu einen erheblichen Beitrag.

UNSERE POSITIONEN

- Die stoffliche Nutzung von qualitativ hochwertigen Klärschlämmen – und damit eine direkte Nutzung der Nährstoffe – sollte im bestehenden Rahmen abhängig von den Inhaltsstoffen auch weiterhin möglich sein.
- Der geplante Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung erfordert erhebliche Investitionen der Kommunen und ihrer Unternehmen. Es müssen nicht nur entsprechende Verbrennungskapazitäten und Aschelager geschaffen, sondern auch weitere Untersuchungen zur Phosphorrückgewinnung durchgeführt werden. Die Umsetzung sollte durch Förderprogramme unterstützt und vor allem die Gebührenfähigkeit der mit der Umsetzung der Verordnung verbundenen Maßnahmen sichergestellt werden.
- Die Pflicht zur Phosphorrückgewinnung sollte nur umgesetzt werden, wenn es wirtschaftlich vertretbare Verfahren gibt und die produzierten Phosphate auch marktfähig sind. Deshalb sollte die Zulassung von sekundären Phosphaten, die aus Klärschlämmen gewonnen werden, als Düngemittel beschleunigt werden.

Eine bundesweite Verpflichtung zur Phosphorrückgewinnung ist aus Sicht der kommunalen Abwasserwirtschaft in der aktuell diskutierten Form in absehbarer Zukunft nicht wirtschaftlich umsetzbar. Denn für die erzeugten Produkte gibt es keinen Markt. Dem Marktpreis von aktuell 1,20 Euro je Kilogramm Phos-

phor steht ein fiktiver Preis des zurückgewonnenen Phosphors von bis zu 23,00 Euro je Kilogramm gegenüber. Zudem ist die Rückgewinnung grundsätzlich kein Kernbestandteil der kommunalen Abwasserbehandlung. Insbesondere mit Blick auf die Kommunikation mit den Bürgern gilt es zu klären, wie die damit einhergehenden Kosten auf die Gebühren umzulegen sind.

Wasser und Abwasser auch in Zukunft am besten in kommunaler Verantwortung

Lokal verantwortete und organisierte Wasserwirtschaft ist ein besonders erfolgreicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger so. In einer Forsa-Umfrage im Auftrag des VKU sprechen sich mehr als 81 Prozent für eine kommunale Wasserwirtschaft aus. Aufgrund dieses hohen Zuspruchs wurde für die Wasserwirtschaft eine Ausnahmeregelung bei den Liberalisierungsbestrebungen der Europäischen Kommission im Rahmen der Konzessionsrichtlinie getroffen.

UNSERE POSITION

- Die Absicherung des kommunalwirtschaftlichen Modells in der deutschen Wasserwirtschaft sollte aufgrund des hohen Zuspruchs in der Bevölkerung auch in anderen ordnungsrechtlichen Fragen abgesichert werden. Dies betrifft insbesondere die Bedingungen der interkommunalen Zusammenarbeit, die umsatzsteuerliche Einordnung hoheitlicher Tätigkeiten und die Regelungen in Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten.



#vku2017